Helaba

Im Fokus: Länder
25. August 2026

Zentralosteuropa: Hitzefrei für die Wirtschaft?

Hitzewellen verdeutlichen die Klimasensitivität der Wirtschaft. Polen, Tschechien und Ungarn sind unterschiedlich betroffen. Die EU will durch abgestimmte Politik klimaresilienter werden.



Marion Dezenter
Senior Country Analyst
Tel. 069/91 32-28 41

Die Tage werden wieder kürzer, der Hochsommer in Europa ist weitgehend vorbei – überstanden, möchte man fast anmerken, nachdem mehrere Hitzewellen neue Rekorde brachten. Statt leichter Sommerthemen beherrschten über weite Strecken der Hitzenotstand in Unternehmen und Meldungen über vermehrte Todesfälle die Nachrichtenlage. Zusätzlich zu geopolitischen Einflüssen auf die Energieversorgung (Krieg am Persischen Golf, Abkehr von russischer Energie) rückt 2026 der **Klimawandel als Einflussfaktor für Energiesicherheit und Wirtschaftswachstum** nochmals verstärkt in den Fokus.

Kein Land wird sich der Konsequenzen entziehen können, betroffen ist auch die Wirtschaft in Zentralosteuropa. Umso wichtiger ist es, dafür gewappnet zu sein. Im Folgenden werden der Energiemix in **Polen, Tschechien und Ungarn** als wirtschaftliche Basis sowie der Kurs der drei Länder in Richtung Nachhaltigkeit bzw. Energiewende in den Blick genommen.

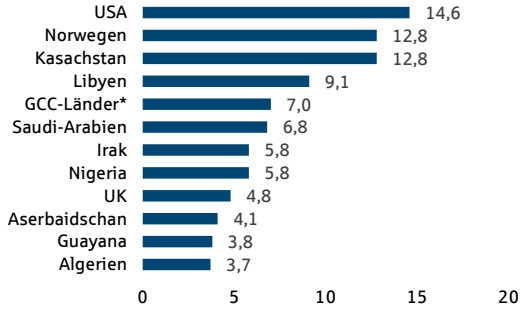
Energiesicherheit – Basis für (störungsfreies) Wachstum

Für die Sicherheit der Energieversorgung kommt es auf zuverlässige Quellen und die Mischung der verschiedenen Energieträger an, die unterschiedlich klimasensibel sind. **Erneuerbare Energien** sind umweltverträglich, aber weniger verlässlich planbar. Die Abhängigkeit der erzeugten Energiemenge vom Wetter kann zu größeren Schwankungen in den Stromnetzen führen, auch weil andere Länder dann oft ebenfalls betroffen sind. Werden die Schwankungen zu groß, müssen Maßnahmen zur Stabilisierung ergriffen werden (Stichwort „Redispatch“). Die EU-Kommission hat daher Ende 2023 einen Aktionsplan vorgestellt, der den Ausbau der Stromnetze beschleunigen soll, indem unter anderem Genehmigungsverfahren und Finanzierungen vereinfacht werden.

Bei **fossilen Brennstoffen** ist die EU in großem Umfang auf Importe angewiesen. **Öl** wird zu 97 % importiert, vor allem aus den USA, Kasachstan und Norwegen (2025 zusammen gut 40 %). Rund 7 % kommen aus Ländern am Persischen Golf, gut 2 % weiterhin aus Russland. Auch **Gas** wird in der EU zum größten Teil importiert. Wichtigster Lieferant ist mit fast einem Drittel der Einfuhren Norwegen, gut ein Viertel kommt aus den USA. Bei LNG dominieren die USA mit einem Anteil von 58 %. Aus Russland kommen insgesamt noch gut 12 % der Gasimporte. Ab Ende 2027 soll es von dort keine Importe mehr geben.

Ölimporte der EU divesifiziert

Ölimporte 2025, Mengenanteile, %



*Golf-Kooperationsrat (Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und VAE)
Quellen: EU-Kommission, Helaba Research

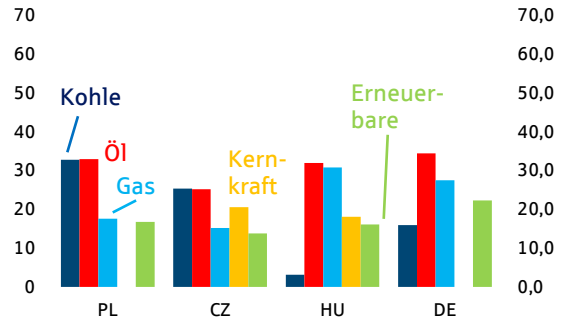
Wegen ihrer Emissionen sollen fossile Energieträger im Rahmen des EU-Green Deal an Gewicht verlieren. Obwohl der Green Deal mittlerweile auf verschiedenen Gebieten (Methanverordnung, Emissionshandel) abgeschwächt wurde, **hält die EU weiterhin am Ziel der Klimaneutralität bis 2050 fest.**

Noch große Abhängigkeiten von fossiler Energie

In Polen, Tschechien und Ungarn **decken fossile Brennstoffe noch den weitaus größten Teil des Energiebedarfs**. Kohle spielt v.a. in Polen und Tschechien eine wichtige Rolle. Daher sorgte die Entdeckung umfangreicher Öl- und Gasvorkommen vor der polnischen Küste 2025 für Aufsehen. Ob und wann es zu einer Förderung kommt, ist allerdings offen: Der Ausbau fossiler Energien läuft EU-Zielen zuwider und könnte durch Klagen aufgehalten werden. Kernenergie spielt im **polnischen Energiemix** derzeit wie Deutschland keine Rolle, auch wenn die Pläne für ein polnisches Kernkraftwerk vorangeschritten sind. Eine Anlage könnte in ungefähr zehn Jahren in Betrieb genommen werden. Die Unterstützung in der Bevölkerung ist groß, was vermutlich auch daran liegt, dass so die vorherrschende Bedeutung der Kohleverstromung abnehmen würde, deren negative Folgen für die Luftqualität Besorgnis weckt. Dazu passend haben regenerative Energien – vor allem Wind, aber auch Solar – bei der Stromerzeugung einen Anteil von rund 30 % erreicht. Im Energiemix insgesamt liegt der Anteil bei rund 17 % (Stand 2024).

Fossile Brennstoffe – Rückgrat der Wirtschaft

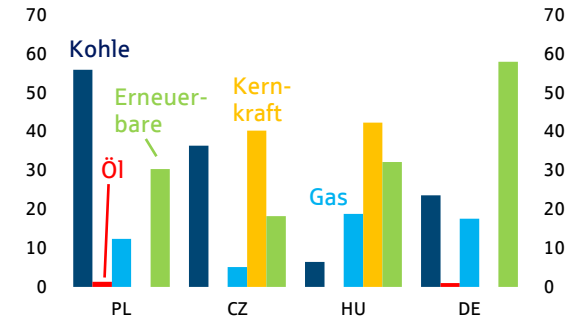
Hauptenergieträger insgesamt*, Anteile, %



*Stand 2024
Quellen: IEA, eigene Berechnungen, Helaba Research

Grüne Energie wichtiger für Stromerzeugung

Hauptenergieträger der Stromerzeugung*, Anteile, %



*Stand 2024
Quellen: IEA, eigene Berechnungen, Helaba Research

In **Ungarn** hingegen wird **Strom zu rund drei Vierteln aus Kernkraft und erneuerbaren Energien** erzeugt. Im Juli wurde das ungarische Kernkraftwerk Paks einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, als Schlagzeilen die Abschaltung des Kraftwerks wegen des Wassermangels in der Donau verkündeten. Tatsächlich gab es eine Teilabschaltung, da der Betrieb auf einen geringeren Bedarf an Kühlwasser umgestellt werden konnte. Auch in anderen Ländern, wie in Frankreich, Rumänien und der Schweiz, **fielen Kapazitäten in Kernkraftwerken aus**. Wegen der Kühlungsproblematik rief Ministerpräsident Magyar im Juli Haushalte und Unternehmen zum Stromsparen auf – mit Erfolg. Da außerdem benachbarte Länder mit Energielieferungen einspringen konnten, wurde die Stromversorgung nicht unterbrochen. Geplant ist ein Ausbau des Kraftwerks, **Paks II**. Weil die Vergabe unter der letzten Regierung nicht nach EU-Standards erfolgte, sondern an den russischen Staatskonzern Rosatom vergeben und außerdem mit russischen Krediten finanziert wurde, ist der Bau umstritten und die Fertigstellung unklar.

Neben Ungarn erzeugt auch **Tschechien** einen Teil des Energiebedarfs in Kernkraftwerken. Bei der **Stromerzeugung ist die Kernkraft mit Abstand der wichtigste Energieträger**: Wie in Ungarn leistet sie einen Beitrag von gut 40 %. Aber auch grüne Energie hat schon einen Anteil von fast 20 %. Bei Gas, das in Tschechien von den drei Ländern den kleinsten Teil an der Energieversorgung und der Stromerzeugung hat, ist das Land wie Polen und Ungarn auf Importe angewiesen. Die große Abhängigkeit von russischem Gas ist durch die EU-Sanktionen beendet. Heute kommt Erdgas hauptsächlich aus Norwegen über Deutschland nach Tschechien.

Hitze als Wachstumsrisiko: Logistik, Produktion und Kostenplanung

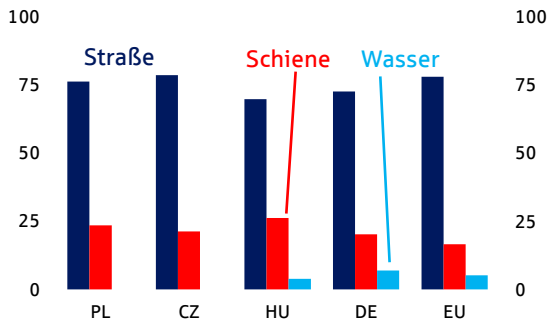
Neben der erschwerten Kühlung von Kraftwerken beeinträchtigen Hitzewellen auch die Ausbeute bei der **Wasserkraft**. Diese Energieart fällt in Ungarn und Polen allerdings mit einem Anteil von nur 0,6 % bzw. 1,9 % an der Stromerzeugung kaum ins Gewicht. In Tschechien liegt ihr Anteil mit rund 5 % ähnlich hoch wie in Deutschland (5,7 %). Hingegen deckt z.B. Österreich gut 60 % der Stromversorgung durch Wasserkraft. Zudem geht in längeren Hitzephasen häufig auch der Ertrag der Windenergie zurück (Stichwort „Hitzeflaute“). Und selbst Solarpaneele

verlieren bei hohen Temperaturen an Effizienz. Muss der Strom über andere Energieträger ersetzt werden und konkurrieren mehr Länder um Stromimporte, ist mit **steigenden Preisen** zu rechnen.

In Ungarn wurde wegen der Stromknappheit der **Schienengüterverkehr** (rund ein Viertel des Güterverkehrs) in den Abendstunden weitgehend gestoppt. Die niedrigen Flusspegel aber sind in Zentralosteuropa weniger für die Industrieunternehmen, sondern eher für den Tourismus ein Problem: In Polen und Tschechien spielt Wasser als Transportweg für Güter keine Rolle, in Ungarn liegt der Anteil der **Binnenschifffahrt** am Güterverkehr bei knapp 4 %. Deutschland erreicht hier rund 7 % und damit etwas mehr als der EU-Durchschnitt (rund 5 %). Den größten Anteil am Güterverkehr hat in allen genannten Ländern der **Transport auf der Straße**. Werden hier zusätzliche Kapazitäten benötigt, dürfte der bestehende Mangel an Lkw-Fahrern ebenfalls Preisdruck bewirken.

Logistik vorherrschend auf der Staße

Inlandsgüterverkehr nach Transportwegen 2024*, Anteile, %



*Stand 4.3.2026
Quellen: Eurostat, Helaba Research

Stehen Strom oder benötigte Vorprodukte nicht verlässlich zur Verfügung, kann dies außerdem die Produktion bremsen. **Lagerhaltung** jedoch verursacht Kosten, so dass Unternehmen Teile und Rohstoffe oft passgenau anliefern lassen. In Zukunft werden möglicherweise wieder mehr Puffer benötigt, was auf die Margen der Unternehmen drückt. Weitere Kostenfaktoren für Unternehmen sind der höhere Aufwand für Klimatisierung bzw. die **sinkende Arbeitsproduktivität** bei Hitze. Bremsend wirken Temperaturen v.a. ab 30 Grad. Dann ist nach **Untersuchungen der Allianz** je zusätzlichem Grad mit Produktivitätseinbußen von 3 % zu rechnen. Aber auch höhere Versicherungsprämien sind Kostentreiber, wenn klimabedingte Risiken – hitze- oder unwetterbedingt – abgesichert werden sollen. Falls die Unternehmen hier sparen und dafür im Schadensfall die öffentliche Hand einspringt, ist für die Volkswirtschaft nichts gewonnen, da diese Gelder andernorts z.B. für Investitionen in klimaresistente Infrastruktur fehlen oder die Staatsverschuldung weiter nach oben treiben. Beim Bau neuer Produktionsstätten – wie z.B. in Ungarn im Automobilbereich – können von Anfang an moderne Energie- und Effizienzstandards mitberücksichtigt werden. So nutzt das BMW-Werk in Debrecen umfangreiche Photovoltaik-Technik, die die Produktion an Sonnentagen maßgeblich unterstützt.

Finanzielle Auswirkungen auch für Privathaushalte

Für private Haushalte werden die Mehrkosten der Unternehmen je nach Überwälzungsmöglichkeiten in **höheren Preisen der Endprodukte** spürbar. Dies gilt für Industrieprodukte, in besonderem Maße aber für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wo Ernteausfälle und Futtermittelknappheit zu Preistreibern werden. Außerdem können auch die Stromkosten steigen, sofern Klimageräte verwendet werden. In Volkswirtschaften mit einem größeren Gewicht der **Tourismusbranche** dürften die Auswirkungen von Wassermangel und wiederkehrenden Hitzewellen noch stärker spürbar werden, wenn sich Urlaubsbuchungen in kühlere Länder verschieben und in bisherigen Destinationen Einkommensausfälle drohen. Am ehesten ist hier von den drei zentralosteuropäischen Ländern voraussichtlich Ungarn betroffen, das am südlichsten liegt und wo der direkte und indirekte Beitrag des Tourismus zum BIP mit insgesamt über 10 % am höchsten geschätzt wird. Längerfristig könnten klimatische Verschiebungen in Europa sogar Wanderungsbewegungen auslösen. Benachteiligte Regionen würden dann einen Bevölkerungsrückgang verzeichnen, während klimatisch günstiger gelegene die Zuströme sinnvoll managen müssten.

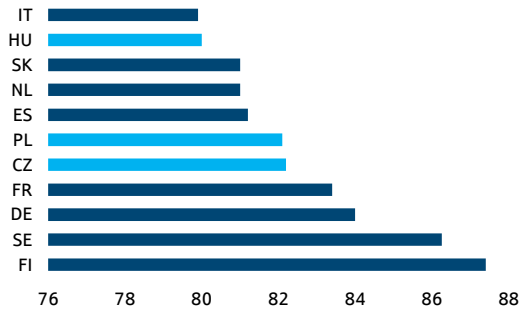
Ausblick: Vorausschauendes Krisenmanagement gefragt

Für 2025 schätzten die EZB und die Uni Mannheim die wirtschaftlichen Einbußen aufgrund des Wetters auf 43 Mrd. Euro, bis 2029 auf 126 Mrd. Euro, das waren im vergangenen Jahr zwar „nur“ 0,2 % der EU-Wirtschaftsleistung, jedoch hat sich die Entwicklung in den letzten Jahren stark beschleunigt. Die Folgen des Klimawandels für die Volkswirtschaften sind nicht immer genau quantifizierbar. Die Richtung ist jedoch eindeutig: Klimatische

Extreme dürften künftig stärker ausgeprägt sein und machen vorausschauendes Handeln notwendiger denn je, zumal das Umsteuern schwerfällig ist. Knappheiten bedeuten **Verteilungsstreitigkeiten**, die sich in relativ wohlhabenden Ländern, zu denen global alle EU-Länder zählen, v.a. über höhere Preise regulieren dürften und damit zwar spürbar sind, aber meist weniger katastrophal als in manch anderen weltwirtschaftlichen Regionen. Da sich jedoch kein Land entziehen kann, könnten den internationalen Nachhaltigkeitsbestrebungen die jüngsten Hitzewellen neue Impulse verleihen.

EU-Länder im Ranking vorne

UN-Nachhaltigkeitsziele, Grad der Erfüllung, %



Quellen: SDG Transformation Centre, Helaba Research

Im globalen Vergleich sind die zentralosteuropäischen Länder in puncto Nachhaltigkeit nicht schlecht positioniert. Nimmt man die **17 UN-Nachhaltigkeitsziele** (SDG) als Maßstab, zu denen neben diversen Umweltkriterien z.B. auch sozioökonomische Aspekte zählen, so erfüllen Tschechien und Polen derzeit gut 82 % der Ziele und belegen von 193 Ländern Rang 10 und 11. Ungarn liegt mittlerweile auf Rang 24, deutlich vor Griechenland und Luxemburg (Rang 32 bzw. 39). Angeführt wird das Ranking von Finnland, Deutschland ist auf Platz 5. Dies spricht dafür, dass Nachhaltigkeit von der Politik ernst genommen wird. Gleichzeitig ist sie in der Abwägung von Umweltschutz- und Wachstumsinteressen vor besondere Herausforderungen gestellt.

Die EU veröffentlichte nach einem White-Paper 2009 erstmals 2013 und darauf aufbauend 2021 ein **Strategiepapier** zu notwendigen Anpassungen an den Klimawandel.[1] Ziel ist unter anderem, die Klimaanpassungsstrategien der Länder besser zu koordinieren, Wissen zu vernetzen und die Anpassung zu beschleunigen. Außerdem werden über die EU hinaus Kooperationen und Wissensaustausch sowie Klimaschutzinvestitionen gefördert. Die Stärke der EU liegt in ihrem internationalen Gewicht und der gemeinsamen Basis, auf der die Mitglieds- und Partnerländer von Best-Practice-Beispielen profitieren und ihre nationalen Maßnahmen koordinieren können. Eine Schwäche ist jedoch sicherlich die durch diese Größe oftmals bedingte Schwerfälligkeit bei Entscheidungsfindungen, weil die Wirtschaft in den einzelnen Ländern von Klimaschutzvorgaben unterschiedlich betroffen ist. Im **zweiten Halbjahr 2026** will die EU-Kommission ein Maßnahmenpaket vorstellen, das den **Europäischen Plan zur Anpassung an den Klimawandel (ECAP) konkretisiert**.

Auch die Mitgliedsländer legen der EU-Kommission **nationale Energie- und Klimapläne (NECP)** vor, die genehmigt und ca. alle zwei Jahre mit Fortschrittsberichten ergänzt werden müssen. Der aktuelle **polnische Entwurf** sieht bis 2040 einen Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung von rund zwei Dritteln vor – eine Verdopplung gegenüber dem Status quo, aber eine Verlangsamung gegenüber früheren Vorhaben. Grund dafür ist u.a. die vermutete hohe Kostenintensität von Off-shore-Windanlagen, aber auch das präsidiale Veto gegen ein Gesetz, das den Bau von Windrädern an Land erleichtert hätte. Die Kommission hat den Plan noch nicht bewertet, dürfte aber die Zurückhaltung bei regenerativen Energien und die geplante Verlängerung der Kohleverstromung kritisch sehen.

Der jüngste **tschechische NECP** wurde Ende 2024 von der EU-Kommission genehmigt. Der Anteil regenerativer Energien am Energieverbrauch soll bis 2030 u.a. durch den Ausbau von Photovoltaik und Windkraft 30 % erreichen, Kohleverstromung soll bis 2033 komplett heruntergefahren werden. Der Anteil fossiler Brennstoffe am Primärenergieverbrauch soll bis 2030 halbiert werden und bis 2050 bei null liegen. Verbraucher sollen sich über Energiegemeinschaften an der Stromerzeugung beteiligen können.

Die aktuelle Version des **ungarischen NECP,** noch von der damaligen Regierung unter Ministerpräsident Orbán erstellt, genehmigte die EU im Oktober 2024 nach Überarbeitungen. Darin wird das Ziel, die Emission von Treibhausgasen gegenüber 1990 zu reduzieren, von 40 % auf 50 % angehoben. Bis 2030 soll der gesamte Energiever-

[1] EU Adaptation Strategy - Climate Action - European Commission und New EU strategy on adaptation to climate change

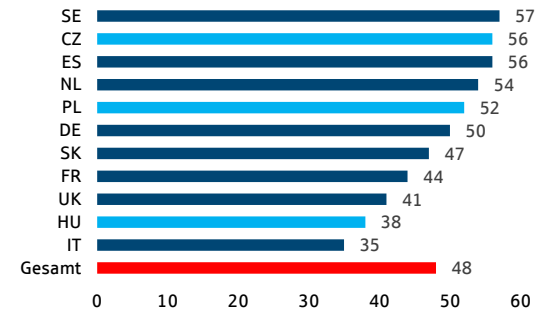
brauch noch einmal um knapp 6 % reduziert werden. Der Anteil erneuerbarer Energien soll auf 30 % steigen. Angestrebt wird aber auch ein höherer Grad an Autonomie und an Sicherheit bei der Energieversorgung.

Damit treiben alle drei Länder den Ausbau regenerativer Energien voran und unterstützen das EU-Ziel der Klimaneutralität. Weltweit werden nach einer Prognose der Internationalen Energieagentur (IEA) **2026 Erneuerbare die Kohle als bislang größten Energieträger bei der Stromerzeugung ablösen**.[2] Der höhere Kostendruck, der bei der Emission von Treibhausgasen durch die Verknappung von Verschmutzungsrechten entsteht, und eine größere Autonomie, aber auch eine verbesserte Qualität der Umweltbedingungen sowie die Beteiligung am technischen Fortschritt sind dafür wichtige Motivatoren. Hier ergeben sich über nationale Grenzen hinweg längerfristige Chancen für innovative Fachfirmen und Finanzierer.

Von der EU wird der Umbau hin zu grüner Energie umfangreich gefördert. Bereits im letzten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), der mittelfristigen Haushaltsplanung bis 2027, war ursprünglich knapp ein Drittel der Ausgaben (356 Mrd. Euro) für die Kategorie „Natürliche Ressourcen und Umwelt“ eingeplant. Im **nächsten MFR für den Zeitraum 2028-2034**, über den die Länder derzeit verhandeln,[3] werden Umweltziele, Klimaanpassungsmaßnahmen, nachhaltiges Wachstum etc. abermals einen großen Stellenwert haben. Der aktuelle Entwurf sieht dafür insgesamt über 700 Mrd. Euro vor, das sind rund 35 % der Gesamtausgaben.

Energiesicherheit? Bevölkerung ist skeptisch

Vertrauen in die Sicherheit der Energieversorgung im Land*, %



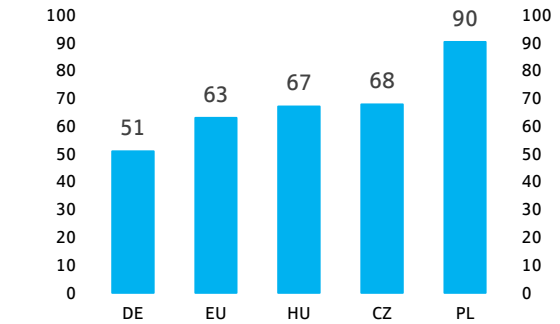
*“Wie groß ist Ihr persönliches Vertrauen in die Sicherheit der Energieversorgung in Ihrem Land?“, Anteil großes Vertrauen
Quellen: E.ON-Stiftung European Survey 2026, Helaba Research

Klare Erwartungshaltung der Bevölkerung

Die Erwartungshaltung der Bevölkerung ist eindeutig: Nach einer Umfrage der E.ON-Stiftung vom Juni 2026[4] erwarten in den 11 untersuchten europäischen Ländern im Durchschnitt 82 % der Befragten, dass die Regierung mehr für den Klimaschutz tut. Polen und Tschechien liegen hier knapp unter dem Durchschnitt, während Ungarn und Italien mit 90 % an der Spitze liegen. Damit verbundene **höhere Kosten**, etwa durch CO_2-Bepreisung, werden allerdings vor allem in Polen und in Tschechien abgelehnt, was die Lenkungsmöglichkeiten der Regierungen einschränkt.

90 %-Ziel meist noch weit entfernt

Füllstand Erdgasspeicher*, %



*Stand 23.8.2026
Quellen: MacroMicro, Helaba Research

Gleichzeitig ist das Vertrauen in die **Sicherheit der Energieversorgung** mit durchschnittlich 48 % begrenzt. Tschechen, Polen und auch die Deutschen sind hier etwas optimistischer als der Durchschnitt, während die Ungarn deutlich pessimistischer sind. Da Gas in den Ländern weiterhin ein wichtiger Energielieferant ist, rückt für die kommenden Monate, in denen der Ertrag der Solaranlagen abnimmt, wieder der **Füllstand der Gasspeicher** in den Fokus. Im EU-Durchschnitt sind diese aktuell zu gut 60 % gefüllt – mit Abstand der niedrigste Wert der letzten Jahre. Die EU-Länder sind verpflichtet, die Speicher bis spätestens 1. Dezember zu mindestens 90 % zu füllen und sich gegenseitig im Bedarfsfall auszuhelfen. Sich darauf zu verlassen, dürfte als Strategie nicht ausreichen.

[2] Electricity Mid-Year Update 2026 – Analysis - IEA
[3] Der langfristige EU-Haushalt 2028-2034 - Consilium
[4] European Survey 2026: Vertrauen in Energieversorgung bricht ein – Sorge vor dem Klimawandel steigt in Europa

Effekt der Hitze auf BIP-Wachstum noch offen

Die Hitzewellen in diesem Jahr haben den Fokus auf klimabedingte Schwierigkeiten in ganz verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und der Gesellschaft gelenkt. Ganz Europa wird von diesem Thema in unterschiedlichen Abstufungen tangiert. Tendenziell dürften sich **nördlicher gelegene Länder** mit größerem Binnenmarkt, einer autonomeren, hitzeresistenten Energieversorgung und geringerer Exportabhängigkeit in einer besseren Ausgangslage befinden, um den Herausforderungen zu begegnen. In Zentralosteuropa ist Polen daher in einer günstigeren Position als Ungarn.

Welche Bremspuren die sommerlichen Extreme 2026 in der europäischen Konjunktur hinterlassen, wird mit Veröffentlichung der Q3-Zahlen deutlicher werden. **Schätzungen** belaufen sich auf eine Wachstumsminderung von rund 1 % für die EU insgesamt, mit größeren Wachstumsrisiken für Frankreich, Spanien, Belgien und Italien. Zum Teil dürften **Nachholeffekte** im Herbst hitzebedingte Produktionsausfälle im Sommer ausgleichen. Noch offen ist auch, inwieweit sich ggf. steigende Preise durch knappere Ressourcen, höhere Löhne, Versicherungsprämien etc. auf den Endverbraucher überwälzen lassen. Ohnehin sind die Preiseffekte schwer von den aktuellen geopolitischen Einflüssen zu trennen. In jedem Fall sind die Temperaturrekorde ein Fanal für die Länder, sich für die kommenden Phasen extremer Wetterbedingungen zu wappnen. Abzuwarten und auf eine Normalisierung der Wetterbedingungen zu hoffen, ist keine erfolgversprechende Strategie, die vorausschauende Lenkung von **Investitionen** zur Stärkung der Klimaresilienz sowie der Blick über den nationalen Tellerrand und eine mit den EU-Partnern **abgestimmte Politik** hingegen schon. Auf die für das zweite Halbjahr 2026 angekündigten ECAP-Maßnahmen darf man gespannt sein.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:
https://news.helaba.de/research/

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research

Redaktion:
Dr. Stephan Brand

Verantwortlich:
Dr. Gertrud Rosa Traud
Chefvolkswirtin/
Head of Research

Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
T +49 69 / 91 32 – 20 24

Internet: **www.helaba.com**

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.